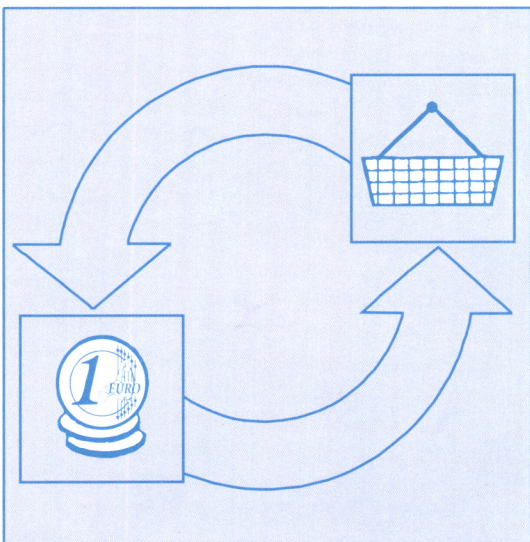


# BRUTTOINLANDS- PRODUKT 2002 FÜR DEUTSCHLAND

Informationsmaterialien zur Pressekonferenz



## A Schaubilder und Tabellen

## Inhalt

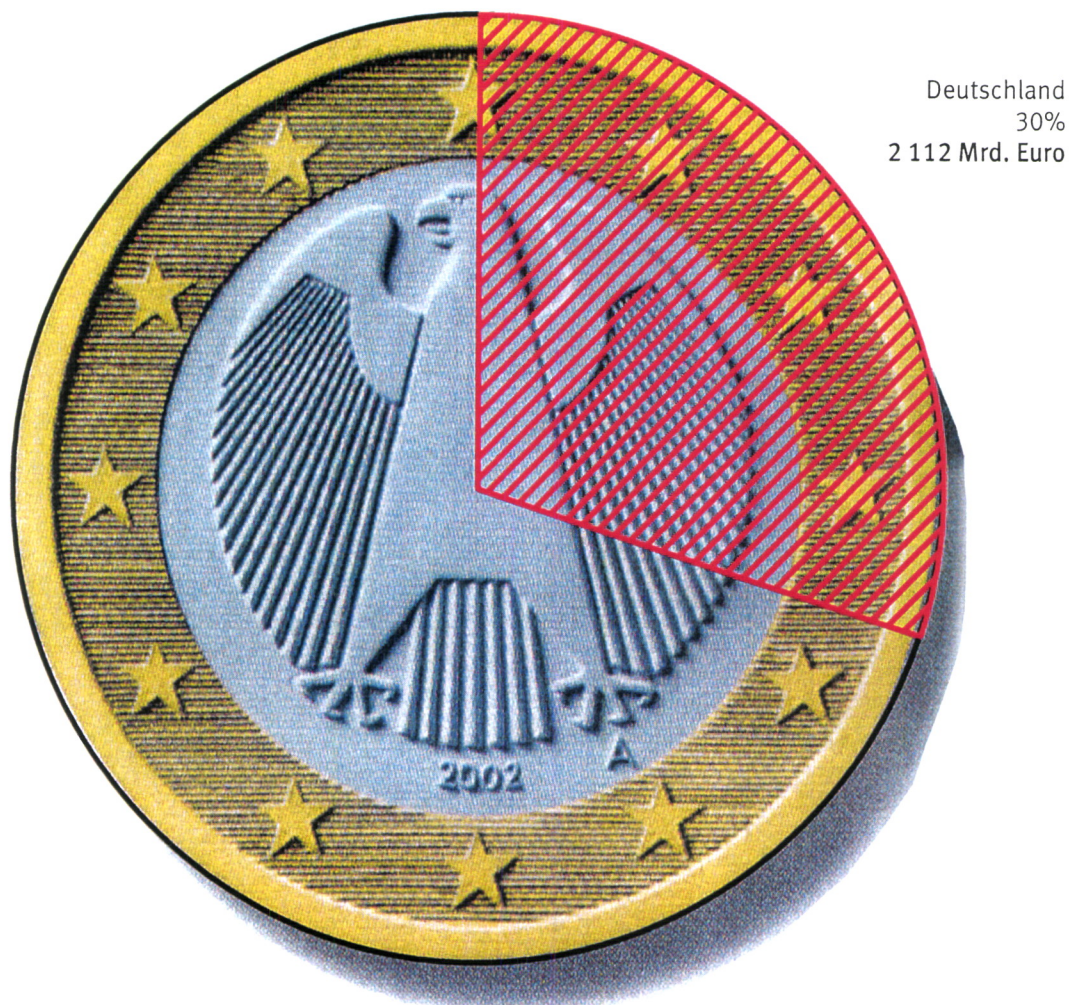
1	Schaubild 1: Anteil des deutschen nominalen Bruttoinlandsprodukts am Bruttoinlandsprodukt der Eurozone 2002 .....	3
2	Tabelle 1: Verwendung des deutschen Bruttoinlandsprodukts 2002 in jeweiligen Preisen .....	4
3	Schaubild 2: Bruttoinlandsprodukt in Deutschland in jeweiligen Preisen von 1991 bis 2002 .....	5
4	Schaubild 3: Gesamtwirtschaftliche Konjunkturdaten für Deutschland 2002 .....	6
5	Schaubild 4: Konjunkturzyklen in Deutschland von 1992 bis 2002 (Wachstum, Preisanstieg, Erwerbslosigkeit) .....	7
6	Schaubild 5: Beiträge der Verwendungsaggregate zum Wirtschaftswachstum 2001 und 2002.....	8
7	Schaubild 6: Reales Bruttoinlandsprodukt 2001 und 2002 im internationalen Vergleich.....	9
8	Schaubild 7: Finanzierungssaldo des Staates von 1991 bis 2002 .....	10
9	Schaubild 8: Staatliche Finanzierungssalden der EU-Mitgliedsstaaten von 1998 bis 2002 .....	11
10	Schaubild 9: Lohnkosten und Produktivität in Deutschland von 1992 bis 2002 .....	12
11	Schaubild 10: Verdienst in Deutschland von 1991 bis 2002 .....	13
12	Schaubild 11: Arbeitnehmerentgelt und Unternehmens- und Vermögenseinkommen in Deutschland von 1992 bis 2002.....	14
13	Schaubild 12: Konsum und Sparen von 1992 bis 2002 .....	15

## B Kurze Erläuterungen zu ausgewählten Aspekten

1	Außenbeitrag (Exportüberschuss) .....	16
2	Erwerbstätigkeit.....	17
3	Erwerbslose und Arbeitslose .....	19
4	Einnahmen und Ausgaben des Staates sowie Finanzierungssaldo des Staates von 1991 bis 2002 .....	20
5	Bruttoinlandsprodukt (BIP) und Schattenwirtschaft .....	22

Schaubild 1

Anteil des deutschen nominalen Bruttoinlandsprodukts  
am Bruttoinlandsprodukt der Eurozone 2002<sup>1)</sup>



1) Prognose der EU-Kommission / eigene Berechnung (Schätzung).

Statistisches Bundesamt 2003 - 15 - 0017

Tabelle 1

**Verwendung des deutschen Bruttoinlandsprodukts 2002  
in jeweiligen Preisen**

	Mrd. Euro
Bruttoinlandsprodukt .....	2112,40
Private Konsumausgaben .....	1243,59
Konsumausgaben des Staates .....	402,74
Bruttoinvestitionen .....	382,32
Bruttoanlageinvestitionen .....	390,33
Ausrüstungen .....	153,57
Bauten .....	212,63
Sonstige Anlagen .....	24,13
Vorratsveränderungen .....	– 8,02
Außenbeitrag (Exporte minus Importe) .....	83,57

© Statistisches Bundesamt, Pressestelle, Verbreitung mit Quellenangabe erwünscht

Schaubild 2

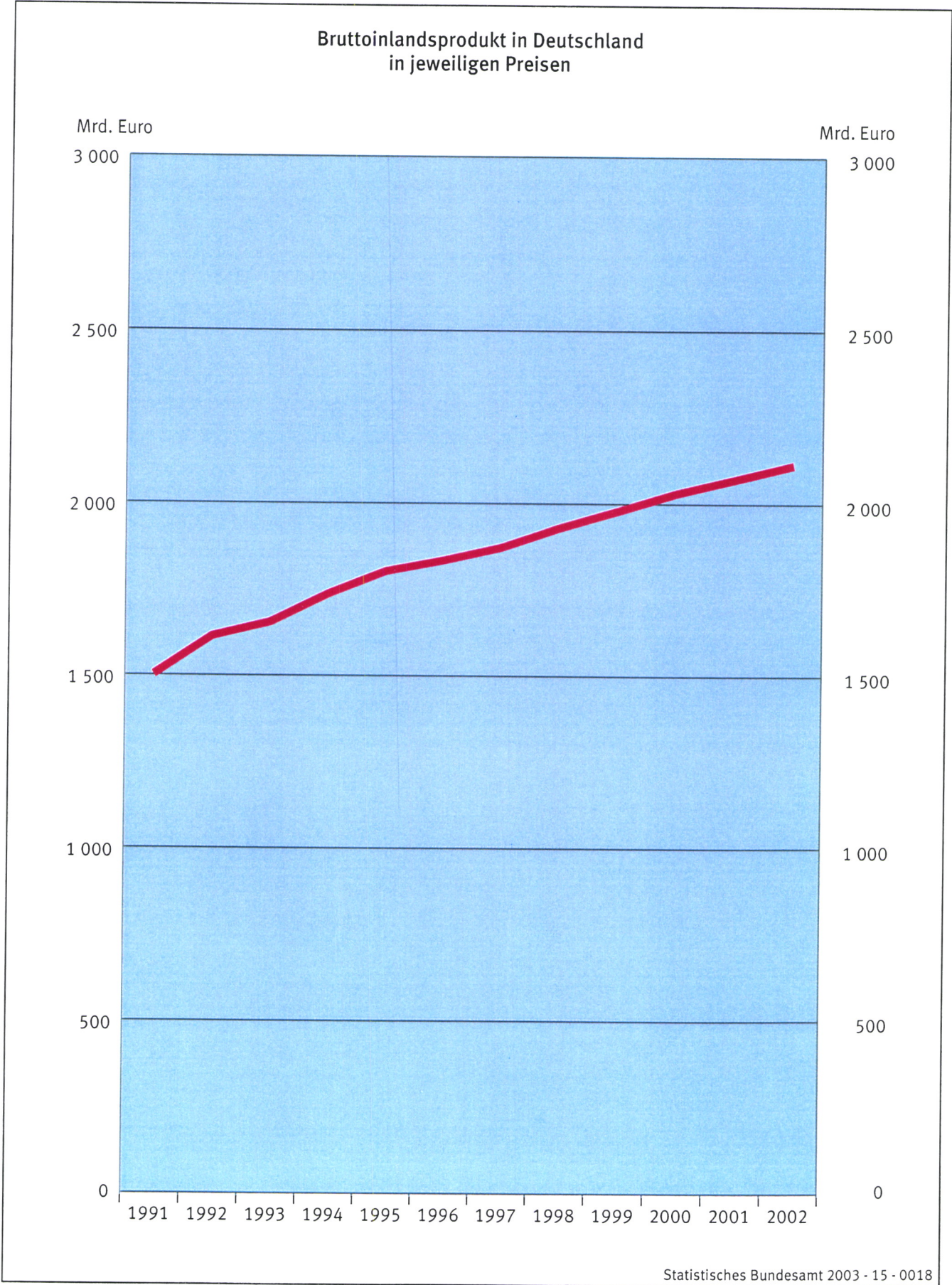
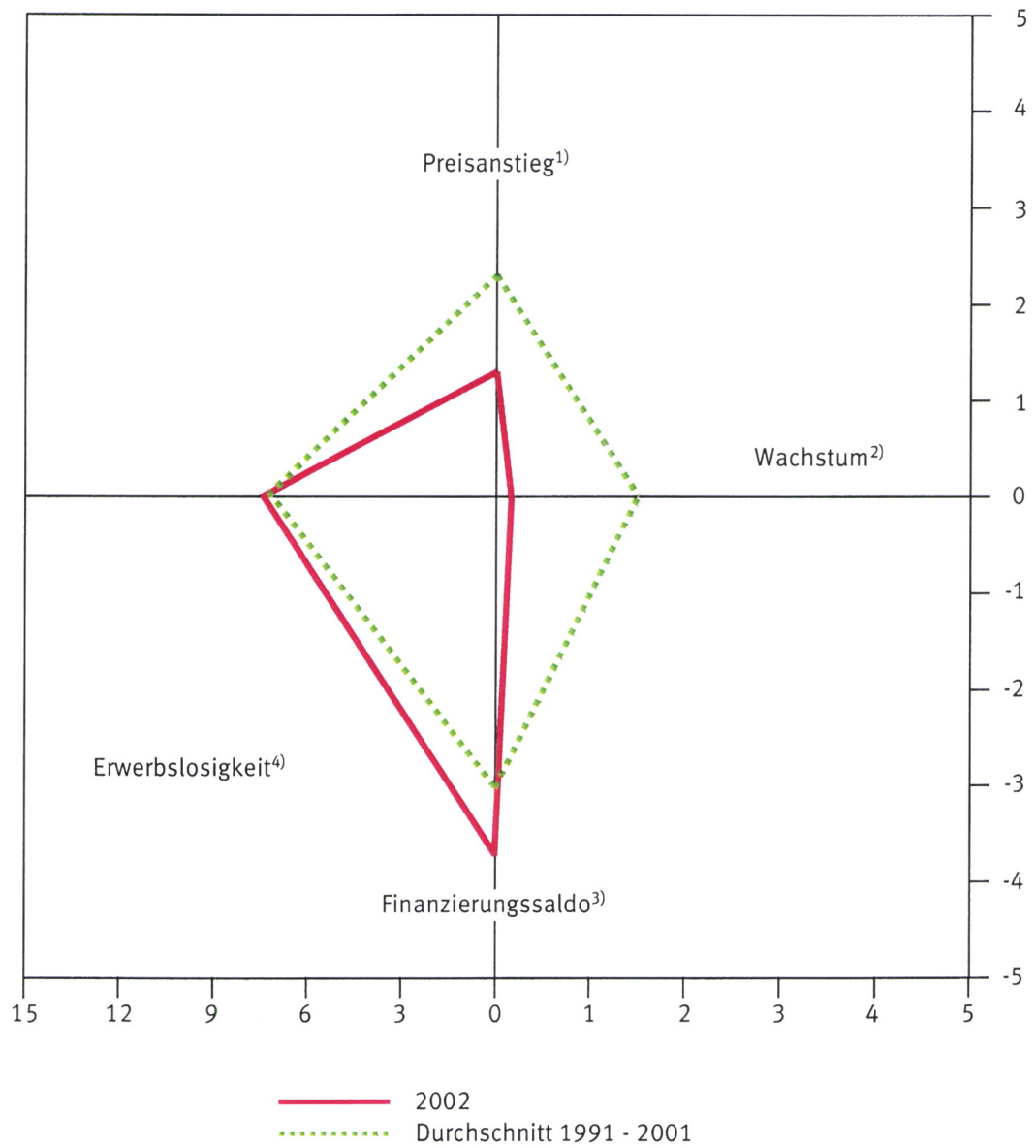


Schaubild 3

### Gesamtwirtschaftliche Konjunkturdaten für Deutschland 2002 in %



1) Jahresdurchschnittliche Veränderung des Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte.-

2) Jahresdurchschnittliche Veränderung des Bruttoinlandsprodukts (BIP) in konstanten Preisen.-

3) Finanzierungssaldo des Staates in % des BIP.-

4) Erwerbslose in % der Erwerbspersonen.

Statistisches Bundesamt 2003 - 15 - 0019

Schaubild 4

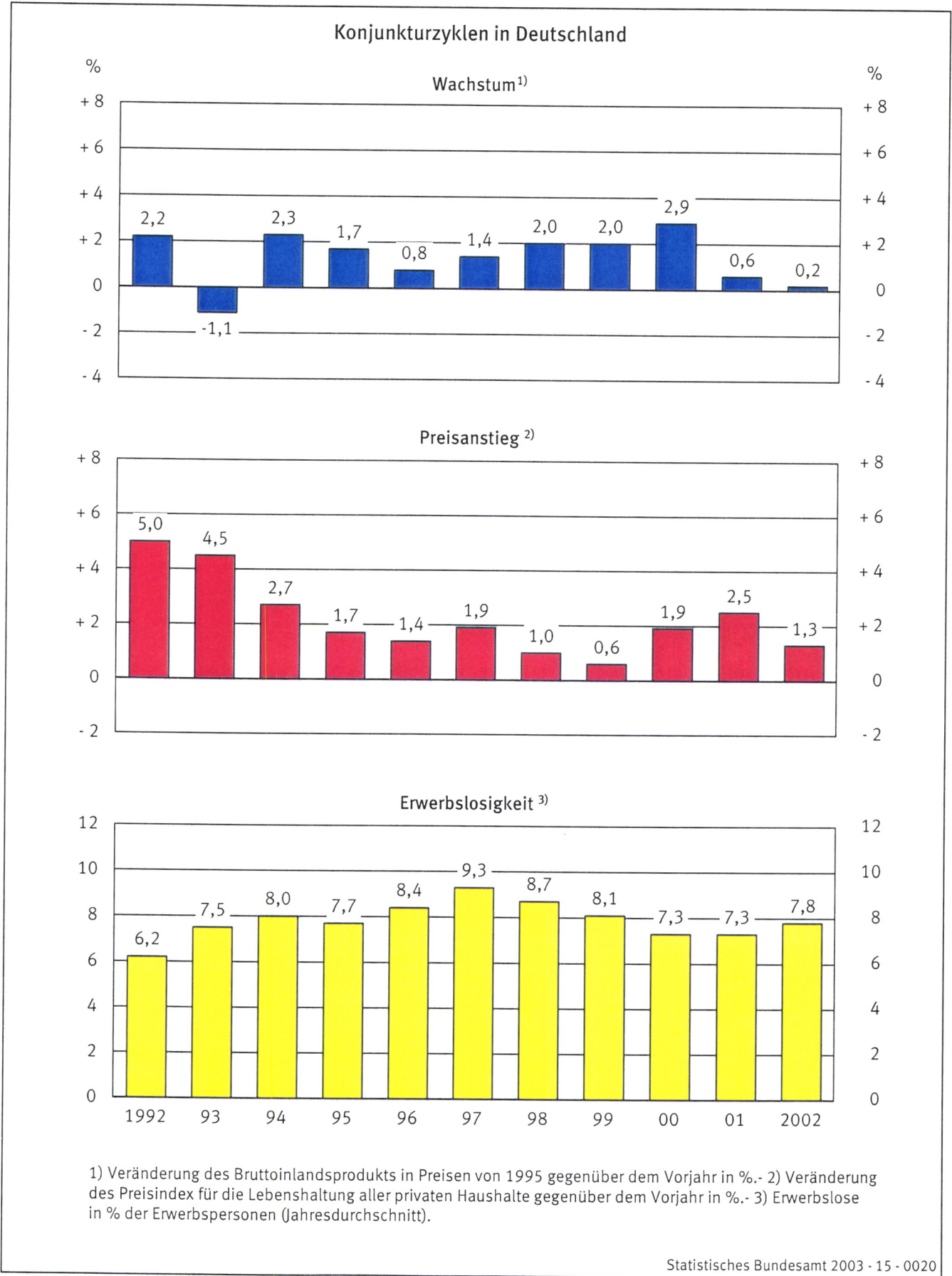
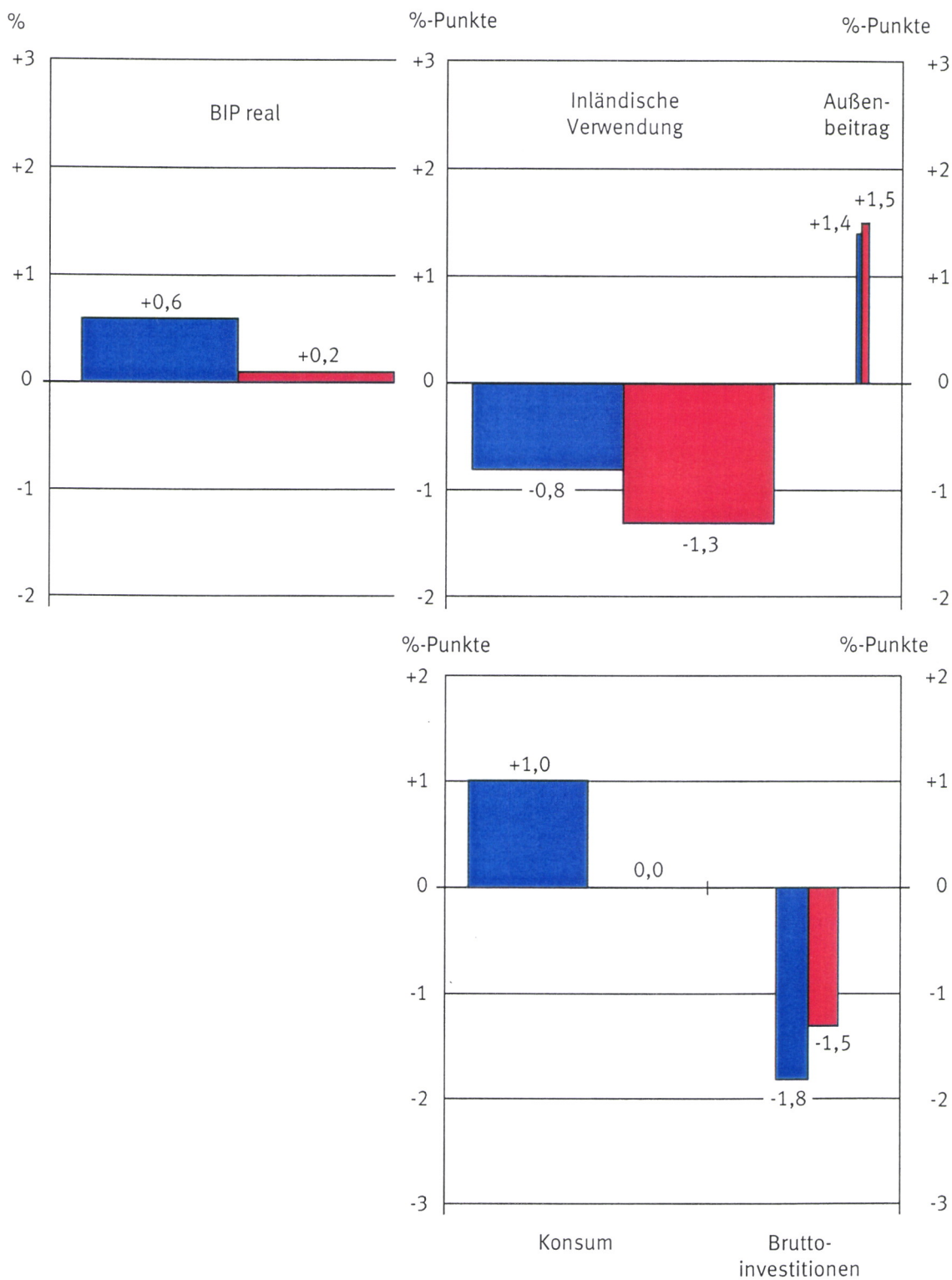


Schaubild 5

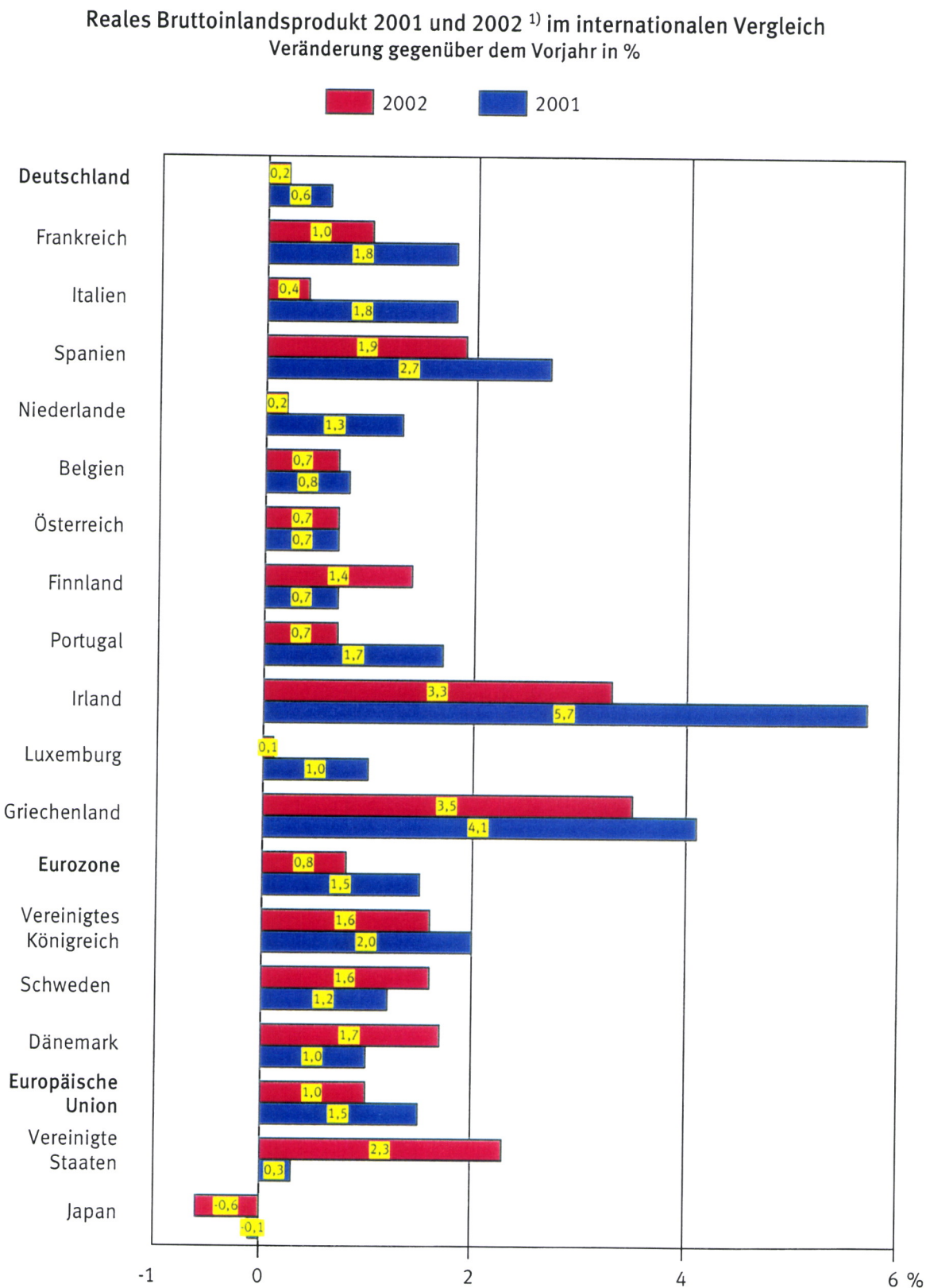
Beiträge der Verwendungsaggregate zum Wirtschaftswachstum

2001 2002



Statistisches Bundesamt 2003 - 15 - 0021

Schaubild 6



1) Europäische Kommission, Generaldirektion Wirtschaft und Finanzen, Prognose Herbst 2002, außer für Deutschland.

Quelle: Europäische Kommission (Eurostat), EC economic data pocket book 12/2002, Table 1.

Schaubild 7

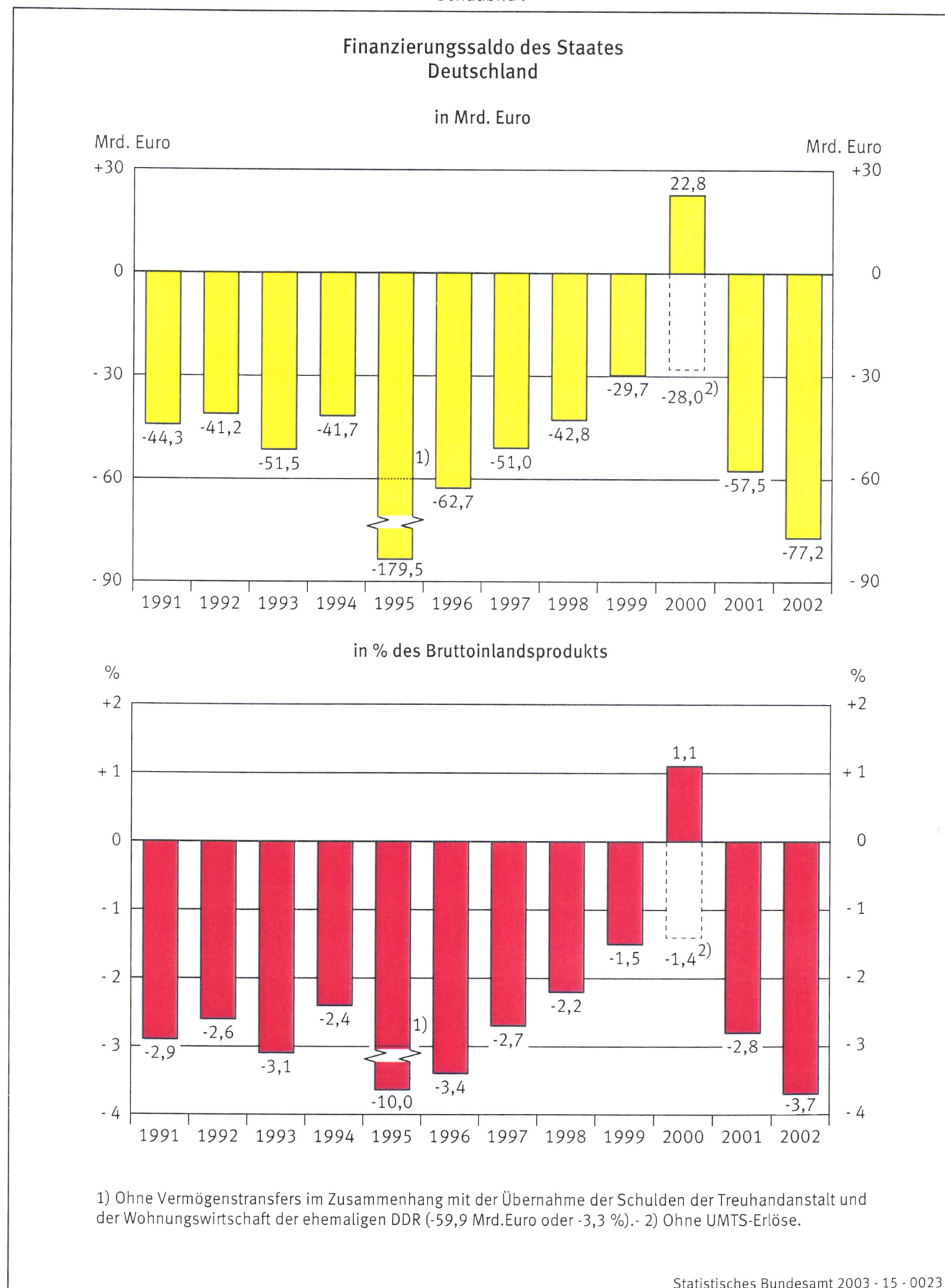
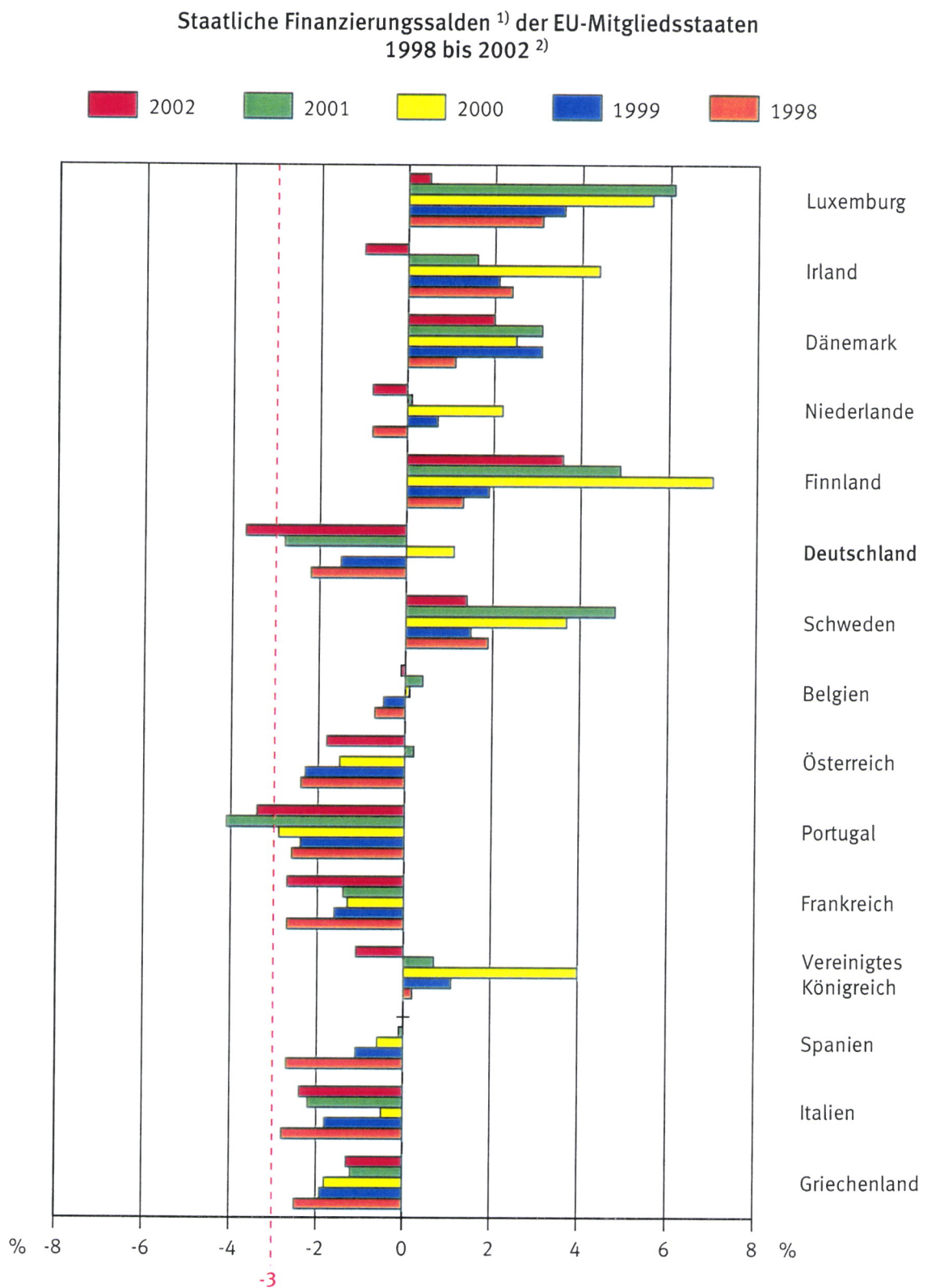


Schaubild 8



1) In Prozent des Bruttoinlandsprodukts.- 2) Europäische Kommission, Generaldirektion Wirtschaft und Finanzen, Prognose Herbst 2002, außer für Deutschland.

Quelle: Europäische Kommission (Eurostat), EC economic data pocket book 12/2002, Table 24.

Statistisches Bundesamt 2003 - 15 - 0024

Schaubild 9

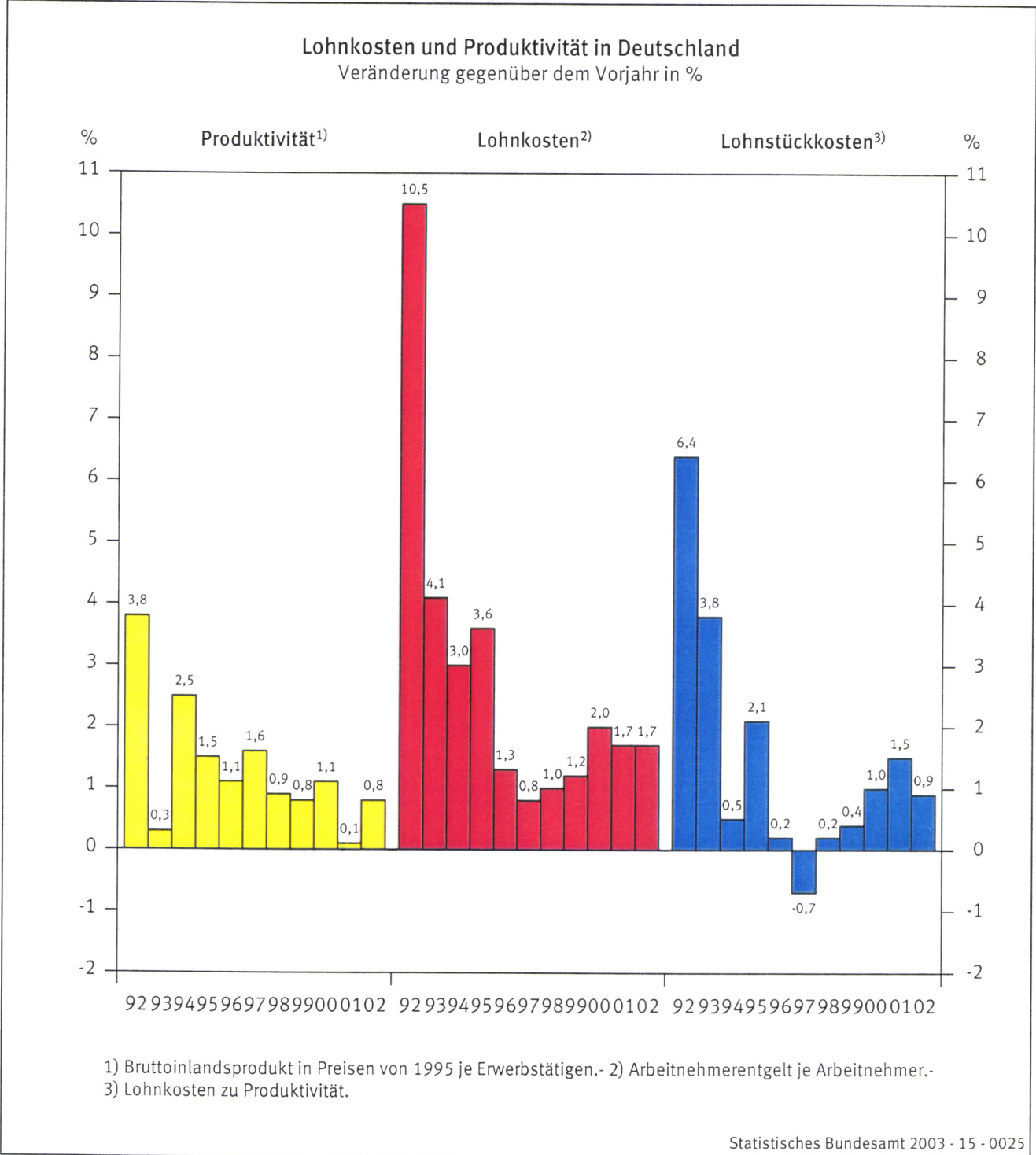


Schaubild 10

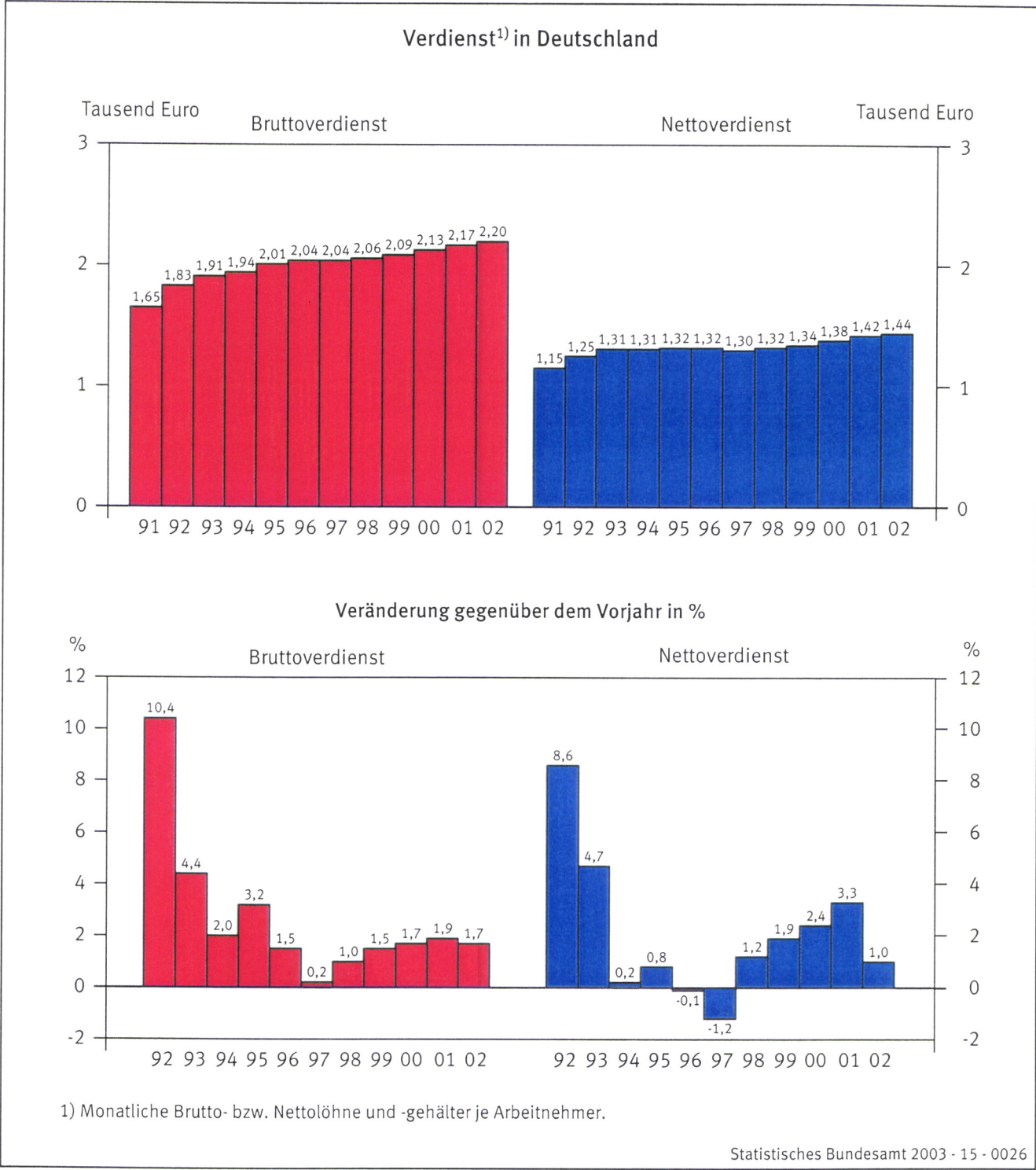
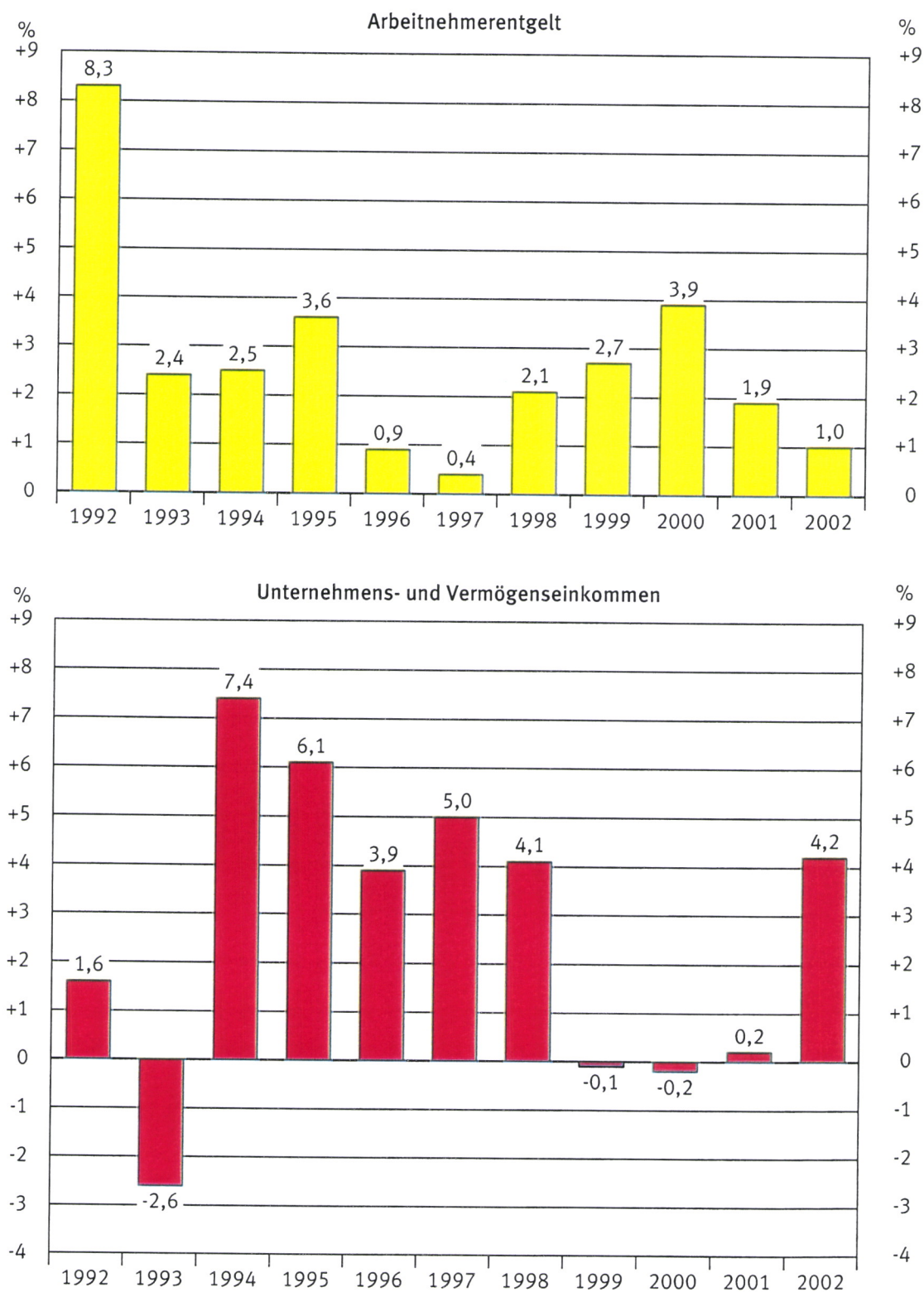


Schaubild 11

### Arbeitnehmerentgelt und Unternehmens- und Vermögenseinkommen in Deutschland

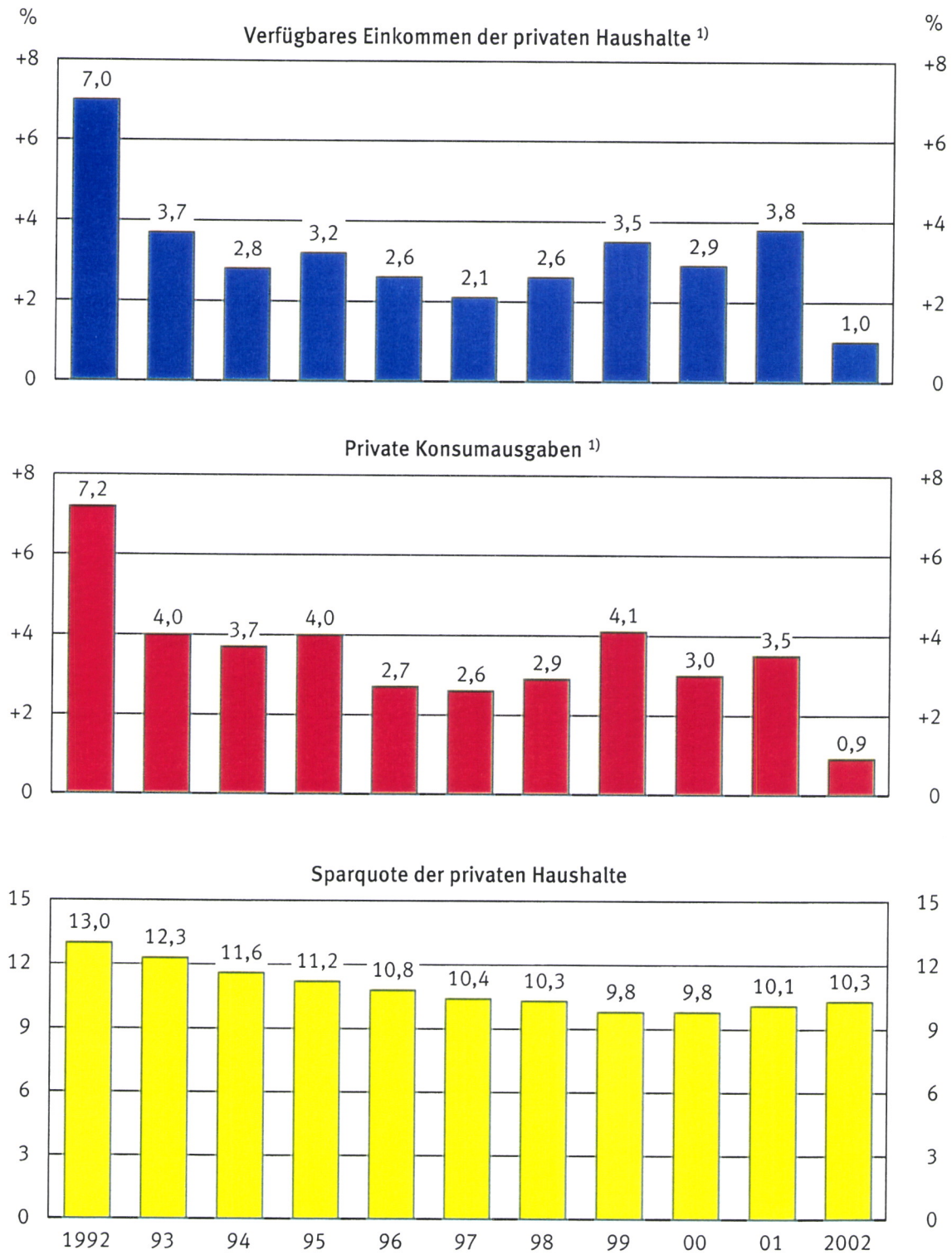
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



Statistisches Bundesamt 2003 - 15 - 0027

Schaubild 12

Konsum und Sparen



1) Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

## 1 Außenbeitrag (Exportüberschuss)

Der Außenbeitrag (Exportüberschuss) stieg im Jahr 2002 in jeweiligen Preisen gegenüber dem Vorjahr um 45,2 Mrd. Euro auf 83,8 Mrd. Euro. Dies ergab sich aus einem Anstieg der Exporte um 3,0% und einem gleichzeitigen Rückgang der Importe um 3,4%. Dies war der höchste Außenbeitrag, der bisher im wiedervereinigten Deutschland verzeichnet wurde.

Der Anstieg des Außenbeitrags setzt sich aus einer Steigerung des Überschusses im Warenhandel um 32,9 Mrd. Euro auf 132,9 Mrd. Euro und einer Verringerung des traditionellen Defizits im Dienstleistungsverkehr um 12,2 Mrd. Euro auf – 49,1 Mrd. Euro zusammen.

In konstanten Preisen stieg der Außenbeitrag gleichfalls. Diese Steigerung beruht auf einer Zunahme der preisbereinigten Exporte um 2,9% und einer Abnahme der realen Importe um 1,3%. Die Exportpreise veränderten sich dabei gegenüber dem Jahr 2001 nur leicht (+0,1%), während die Importpreise um 2,1% sanken. Die Terms of Trade wiesen somit einen Zuwachs von 2,2% gegenüber dem Vorjahr auf.

Nach ersten Schätzungen der Außenhandelsstatistik des Statistischen Bundesamtes für das Jahresergebnis 2002 nahm die Warenausfuhr um gut 1% zu, wobei die Ausfuhr in EU-Länder um rund 0,5% stieg und die Warenausfuhr in Drittländer mit über 2% stärker zulegte. Die Wareneinfuhr ging im gleichen Zeitraum insgesamt um rund 4% zurück. Hier sanken die Einfuhren aus den EU-Ländern um knapp 5%, die Einfuhr aus den Drittländern um knapp 4%.

Ein (in jeweiligen Preisen gerechnet) hoher Außenbeitrag (Exportüberschuss) wirft auch die Frage nach dem außenwirtschaftlichen Gleichgewicht auf. Denn ein deutscher Überschuss bedeutet ein Defizit für unsere Handelspartner. Unsere Handelspartner müssen dieses Defizit durch einen Verkauf von (vornehmlich finanziellen) Aktiva oder eine Verschuldung bei deutschen Wirtschaftseinheiten finanzieren.

Andererseits leistet ein Exportüberschuss einen Beitrag zum Wirtschaftswachstum. Im Jahr 2002 ergab sich in Deutschland ein Wachstumsbeitrag des realen Exportüberschusses (Außenbeitrags) von 1,5 Prozentpunkten. Ohne diesen Exportüberschuss wäre die deutsche Wirtschaft in 2002 um 1,3% geschrumpft.

## 2 Erwerbstätigkeit

1. Die Wirtschaftsleistung wurde im Jahr 2002 von 38,67 Mill. Erwerbstätigen erbracht, das waren 246 000 Personen weniger (–0,6%) als ein Jahr zuvor. Damit kam es im Jahr 2002 erstmals seit 1997 wieder zu einem Rückgang der Erwerbstätigkeit im Vorjahresvergleich, nachdem im Jahr 2001 die Beschäftigung noch um 165 000 Personen oder 0,4% angestiegen war. Die Zahl der Erwerbstätigen im Jahr 2002 ging in etwa auf das Niveau des Jahres 2000 zurück. Die Anzahl der **Erwerbslosen** (in der Abgrenzung der internationalen Arbeitsorganisation) stieg im Jahr 2002 gegenüber dem Vorjahr um 176 000 Personen (+5,7%) auf 3,25 Mill. Personen. Der Anteil der Erwerbslosen an der Gesamtzahl der Erwerbspersonen erhöhte sich damit von 7,3% im Jahr 2001 auf 7,8% im Berichtsjahr.

Im Jahresdurchschnitt 2002 nahm die Zahl der **Erwerbspersonen** (erwerbstätige Inländer und Erwerbslose) im Vergleich zum Vorjahr ab, und zwar um 71 000 Personen (–0,2%) auf 41,86 Mill. Personen, nach + 178 000 Personen (+0,4%) im Jahr zuvor.

Die **Arbeitsproduktivität**, gemessen als Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1995 je Erwerbstätigen, stieg im Jahr 2002 um 0,8%; je Arbeitsstunde gemessen stieg sie um 1,3%. Der unterschiedliche Anstieg dürfte vor allem auf eine Zunahme der Teilzeitbeschäftigung sowie auf eine vermehrte Inanspruchnahme von Kurzarbeit zurückzuführen sein.

2. Die Zahl der **registrierten Arbeitslosen** (nationale Abgrenzung) ist nach den jüngst veröffentlichten Daten der Bundesanstalt für Arbeit im Verlauf des Jahres 2002 spürbar angestiegen. Im Jahresdurchschnitt 2002 waren in Deutschland rund 209 000 Personen oder 5,4% mehr arbeitslos als ein Jahr zuvor. Damit ist im Jahr 2002 erstmals seit 1997 die Arbeitslosigkeit im Jahresdurchschnitt wieder gestiegen.

3. Häufig wird vermutet, dass sich die **Veränderung der Arbeitslosenzahl bei den Erwerbstätigen** widerspiegeln müsste. Tatsächlich ist dies nur zum Teil der Fall. Die Erwerbstätigkeit kann beispielsweise steigen, wenn junge Menschen direkt nach schulischer Ausbildung oder Studium berufstätig werden oder Personen aus dem Ausland eine Erwerbstätigkeit in Deutschland aufnehmen (z. B. im Rahmen der Green-Card-Verordnung), ohne dass sich die Arbeitslosigkeit entsprechend verringert. Umgekehrt kann sich auch die Zahl der registrierten Arbeitslosen verringern, ohne dass die Zahl der Erwerbstätigen steigt. Dies ist beispielsweise dann der Fall, wenn Arbeitslose an arbeitsmarktpolitischen Programmen in Form einer Fortbildung, Umschulung oder anderen berufsbildenden Maßnahmen teilnehmen.

Im Jahresdurchschnitt 2002 hat die Umsetzung des zum 1. Januar 2002 in Kraft getretenen Job-AQTIV-Gesetzes („Fördern und Fordern“) sowie die verstärkte Vermittlungsoffensive der Bundesanstalt für Arbeit, den Anstieg der registrierten Arbeitslosen noch gedämpft. Aufgrund der härteren Prüfkriterien für Arbeitslose im Rahmen des Job-AQTIV-Gesetzes kam es im Jahr 2002 zu vermehrten Abgängen aus registrierter Arbeitslosigkeit in die sonstige Nichterwerbstätigkeit.

Nach Mitteilung der Bundesanstalt für Arbeit nahmen im Jahr 2002 die Abgänge in sonstige Nichterwerbstätigkeit im Vergleich zum Vorjahr um 283 600 Personen zu. Dies betraf vor allem Abgänge aus der Arbeitslosigkeit wegen Nichterneuerung der Arbeitslosenmeldung oder fehlender Mitwirkung, Voraussetzungen, die nach dem Job-AQTIV-Gesetz für den weiteren Leistungsbezug erforderlich

sind (+ 233 000 Personen). Aber auch Abgänge in die vorruhestandsähnliche Maßnahme des § 428 SGB III, nach der Arbeitslose ab dem 58. Lebensjahr dem Arbeitsmarkt nicht mehr zur Verfügung stehen müssen und damit auch nicht mehr in der Arbeitslosenstatistik der Bundesanstalt für Arbeit nachgewiesen werden, traten im Jahr 2002 vermehrt auf (+ 66 000 Personen).

Gerade die erstgenannten Abgänge hatten allerdings auch zu einer Gegenbewegung geführt, da sich diese Personen zumindest teilweise nach einer gewissen Zeit wieder arbeitslos meldeten und damit erneut in der Arbeitslosenstatistik der Bundesanstalt für Arbeit aufgeführt werden. So nahmen die Zugänge in Arbeitslosigkeit wegen erneuter Meldung nach Meldeversäumnis im Jahr 2002 im Vergleich zum Vorjahr um rund 36 900 Personen zu.

### 3 Erwerbslose und Arbeitslose

Nach Berechnungen des Statistischen Bundesamtes waren im Jahresdurchschnitt 2002 in Deutschland 3,25 Mill. Personen erwerbslos, 176 000 Personen oder 5,7% mehr als im Jahresdurchschnitt 2001. Der Anteil der Erwerbslosen an der Gesamtzahl der Erwerbspersonen stieg von 7,3% im Jahr 2001 auf 7,8% im Jahresdurchschnitt 2002.

Die Zahl der **Erwerbslosen** wurde nach den Regeln des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG) 1995 ermittelt; die wiederum folgen den von der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) aufgestellten Normen. Mit der Zahl der Erwerbslosen stellt das Statistische Bundesamt, gemeinsam mit der Bundesanstalt für Arbeit, Schätzungen von international vergleichbaren Angaben über nicht erwerbstätige Arbeitssuchende in Deutschland zur Verfügung.

Die Erwerbslosen nach der internationalen Abgrenzung umfassen alle Personen im Alter von 15 Jahren und mehr, die zur Monatsmitte

- ohne Arbeit sind, d. h. nicht eine Stunde pro Woche gearbeitet haben,
- verfügbar sind, d. h. innerhalb der beiden nächsten Wochen eine Arbeit aufnehmen können und
- während der vorhergehenden vier Wochen aktiv eine Arbeit gesucht haben.

Dagegen erfasst die Bundesanstalt für Arbeit die bei den Arbeitsämtern **registrierten Arbeitslosen**. Diese Größe orientiert sich an der Definition für Arbeitslosigkeit in der deutschen Sozialgesetzgebung. Die Erwerbslosen sind teilweise weiter und teilweise enger abgegrenzt als die Arbeitslosen. So zählen zu den Erwerbslosen auch Personen, die nicht beim Arbeitsamt gemeldet sind und als Nichterwerbstätige auf andere Art eine abhängige Arbeit (z. B. über private Arbeitsvermittlungsstellen, Stellenanzeigen und eigene Bewerbung bei Arbeitgebern) oder eine selbstständige Tätigkeit suchen. Nach den Ergebnissen des Mikrozensus gab es im April 2001 rund 145 000 Erwerbslose, die nicht beim Arbeitsamt gemeldet waren, aber trotzdem aktiv eine Arbeit suchten. Andererseits schließt Erwerbslosigkeit jegliche, noch so geringfügige Erwerbstätigkeit in der Berichtswoche des Mikrozensus aus; registrierte Arbeitslose dürfen dagegen eine gelegentliche oder geringfügige Beschäftigung von weniger als 15 Stunden pro Woche ausüben. Letztere zählen nach dem ILO-Konzept nicht zu den Erwerbslosen, sondern zu den Erwerbstätigen; im April 2001 traf dies auf rund 161 000 Personen zu.

Im Jahresdurchschnitt 2002 lag die Zahl der Erwerbslosen in Deutschland um 810 000 Personen niedriger als die Zahl der Arbeitslosen (4,06 Mill. Personen). Angaben über die Erwerbslosen nach der internationalen Abgrenzung der ILO werden für Deutschland einmal jährlich im Rahmen des Mikrozensus (mit integrierter EU-Arbeitskräfteerhebung) erfragt. Auf Basis der in der Regel auf den April eines Jahres bezogenen Erwerbslosenzahlen des Mikrozensus werden in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen durch Verknüpfung mit den monatlichen Angaben der Bundesanstalt für Arbeit über registrierte Arbeitslose Jahresdurchschnittswerte nach dem ILO-Konzept geschätzt.

Die Weiterentwicklung dieser Schätzung ist u.a. Ziel der monatlichen Erhebung zum ILO-Erwerbsstatus, die das Statistische Bundesamt ab Anfang 2003 auf Basis des § 7 BStatG durchführen wird.

## 4 Einnahmen und Ausgaben des Staates

Nach ersten vorläufigen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes verzeichnete der Staat im Jahr 2002 ein **Finanzierungsdefizit** in Höhe von 77,2 Mrd. Euro, nach einem Defizit von 57,5 Mrd. Euro im Vorjahr. Die starke Zunahme des Defizits ergab sich aus einem deutlich stärkeren Zuwachs der Ausgaben (+2,5%) im Vergleich zu dem der Einnahmen (+0,5%). Zu dem Defizit des Staates insgesamt trugen alle Teilssektoren des Staates mit Ausgabenüberschüssen bei: der Bund 35,7 Mrd. Euro, die Länder 31,6 Mrd. Euro, die Gemeinden 3,7 Mrd. Euro und die Sozialversicherung 6,2 Mrd. Euro. Gemessen am Bruttoinlandsprodukt betrug das Staatsdefizit im Berichtsjahr 3,7%. Die Relation lag damit über dem im Protokoll zum Maastrichtvertrag genannten Referenzwert von 3% des Bruttoinlandsprodukts.

Im Jahr 2002 betrugen die **Einnahmen** des Staates 948,1 Mrd. Euro; das waren 0,5% mehr als im Vorjahr. Die schwache Zunahme ist vor allem auf den geringen Zuwachs der Steuern (+0,4%), die rund die Hälfte der Einnahmen ausmachen, zurückzuführen. Bei den Steuern erhöhte sich das Aufkommen an Produktions- und Importabgaben zwar um 2,2%, dagegen verringerten sich die Einkommensteuern um 1,5%. Mehr nahm der Staat im Berichtsjahr an Sozialbeiträgen (+1,3%), an sonstigen laufenden Transfers (+ 0,4%) und aus Verkäufen (+0,5%) ein. Weniger als im Vorjahr flossen dem Staat dagegen an Vermögenstransfers (-2,0%) sowie an Vermögenseinkommen (-8,3%) zu, letztere vor allem aufgrund der gegenüber dem Vorjahr deutlich geringeren Zinseinnahmen des Staates.

Die **Ausgaben** des Staates (1025,3 Mrd. Euro) nahmen 2002 um 2,5% zu. Aufgeteilt nach Ausgabearten erhöhten sich die Aufwendungen für das Arbeitnehmerentgelt um 0,7%, die Vorleistungskäufe um 3,0%, die sozialen Sachleistungen um 3,6% und die monetären Sozialleistungen um 4,9%. Als wichtigste Leistungsart der monetären Sozialleistungen an private Haushalte (+5,0%) wurden 3,7% mehr Renten gezahlt. Die Geldleistungen der Arbeitslosenversicherung waren aufgrund der Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt deutlich höher als im Vorjahr (+12,2%). Auch für Arbeitslosenhilfe (+18,1%), die sich an das Arbeitslosengeld (+12,3%) anschließt, musste der Bund im Berichtsjahr wesentlich mehr aufwenden als im Vorjahr. Die Aufwendungen für das Kindergeld (+10,4%) sowie die Geldleistungen der Sozialhilfe (+8,5%) erhöhten sich im Berichtsjahr kräftig. Unter den übrigen geleisteten Transfers waren bei den sonstigen laufenden Transfers (+6,7%) Zuwächse zu verzeichnen. Dagegen nahmen die Subventionen um 8,5% und die Vermögenstransfers um 2,3% ab. Für Zinsen (+0,0%) wurde nahezu genauso viel ausgegeben wie im Vorjahr. Die Investitionen waren im Berichtsjahr um 5,9% rückläufig.

**Finanzierungssaldo des Staates <sup>1)</sup>**  
**Deutschland**

Jahr <sup>2)</sup>	Bund	Länder	Gemeinden	Sozialversicherung	Staat	
	Mrd. Euro					in % des BIP
1991	- 48,4	- 8,8	+ 1,9	+ 11,0	- 44,3	- 2,9
1992	- 24,8	- 11,1	- 3,6	- 1,7	- 41,2	- 2,6
1993	- 35,5	- 17,0	- 2,0	+ 3,1	- 51,5	- 3,1
1994	- 19,4	- 21,3	- 2,9	+ 1,9	- 41,7	- 2,4
1995 <sup>3)</sup>	- 26,6	- 21,3	- 4,4	- 7,6	- 59,9	- 3,3
1996	- 34,5	- 20,7	- 0,8	- 6,6	- 62,7	- 3,4
1997	- 30,1	- 22,0	- 0,0	+ 1,1	- 51,0	- 2,7
1998	- 35,5	- 14,1	+ 4,2	+ 2,7	- 42,8	- 2,2
1999	- 30,8	- 9,5	+ 5,4	+ 5,2	- 29,7	- 1,5
2000 <sup>4)</sup>	+ 26,3	- 7,8	+ 5,4	- 1,0	+ 22,8	+ 1,1
2001	- 28,6	- 27,1	+ 0,8	- 2,6	- 57,5	- 2,8
2002	- 35,7	- 31,6	- 3,7	- 6,2	- 77,2	- 3,7

1) Nach den Konzepten des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen 1995. – 2) Ab 1999 vorläufiges Ergebnis. – 3) Ohne Vermögenstransfers im Zusammenhang mit der Übernahme der Schulden der Treuhandanstalt und der Wohnungswirtschaft der ehemaligen DDR (125,3 Mrd. Euro). – 4) Einschl. 50,8 Mrd. Euro Erlöse aus der Versteigerung der UMTS-Lizenzen.

## 5 Bruttoinlandsprodukt (BIP) und Schattenwirtschaft

### 1. Verschiedene Gründe für Schattenwirtschaft

Schattenwirtschaftliche Aktivitäten sind im Bruttoinlandsprodukt (BIP) erfasst. Die Frage, ob beispielsweise die zum 1. Januar 2003 erhöhten Sozialabgaben (Erhöhung der Beiträge zur Rentenversicherung von 19,1 auf 19,5%) zu einem Anstieg der Schattenwirtschaft führt, ist für die Höhe des BIP nicht relevant. Ebenso haben die beschlossenen Entlastungen im Niedriglohnbereich (sogenannte Mini- und Midijobs) von denen eine schattenwirtschaftsreduzierende Wirkung erwartet wird, grundsätzlich keinen Effekt auf das BIP.

Anders als die reguläre Wirtschaft sind schattenwirtschaftliche Aktivitäten statistisch häufig schwieriger zu erfassen. Aber die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen beziehen auch schattenwirtschaftliche Tätigkeiten ein.

### 2. Das BIP enthält Schattenwirtschaft

Nach den Regeln des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG) 1995 fallen schattenwirtschaftliche Aktivitäten unter den Produktionsbegriff und sind somit in das BIP einzubeziehen. Es sind also auch solche Produktionstätigkeiten im BIP zu erfassen, die illegal ausgeübt werden oder den Steuer-, Sozialversicherungs-, Statistik- oder anderen Behörden verborgen bleiben. Selbstverrichtete Hausarbeit zählt nach internationalen Konventionen in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) nicht zur Produktion.

In der Praxis ergreift das Statistische Bundesamt verschiedene Maßnahmen, um ein möglichst vollständiges BIP zu ermitteln:

- Explizite Zuschläge werden vor allem in den Bereichen vorgenommen, für die nur in größeren zeitlichen Abständen Großzählungen (Handwerks- sowie Handels- und Gaststättenzählungen) vorliegen. Auch für Eigenleistungen am Hausbau oder für Trinkgelder werden Sonderrechnungen durchgeführt.
- Eine implizite Erfassung der schattenwirtschaftlichen Aktivitäten erfolgt vielfach durch die Berechnungsmethode selbst. So wird die landwirtschaftliche Produktion anhand der angebauten Flächen und den jeweiligen Durchschnittserträgen ermittelt. Ebenso werden die Wohnungsmieten anhand des Bestandes an Wohnungen – untergliedert nach Größe und anderen Merkmalen – sowie den jeweiligen Quadratmetermieten errechnet. Inwieweit die so berechneten und in die Größe des BIP eingehenden Einnahmen steuerlich deklariert werden oder nicht, entzieht sich unserer Kenntnis und ist für die vollständige Erfassung derartiger Produktionstätigkeiten auch ohne Belang.

Die immer wieder zu hörende Behauptung, das BIP würde die so genannte Schattenwirtschaft nicht umfassen, ist also falsch.

### 3. Keine getrennte Schätzung der Schattenwirtschaft durch das Statistische Bundesamt

Das Statistische Bundesamt nimmt eigenständige, getrennte Schätzungen der so genannten Schattenwirtschaft in seinen VGR aus folgenden Gründen nicht vor:

- Vorrangiges Ziel für Gesamtrechner ist es, das wirtschaftliche Geschehen nach den Konzepten des ESVG 1995 möglichst vollständig abzubilden. Für die Vollständigkeit des BIP ist die Frage, ob eine Wirtschaftstätigkeit steuerlich erfasst wird oder nicht, ob sie legal oder illegal ist oder sonst im Verborgenen stattfindet, irrelevant.
- Es gibt keine internationale Definition für das Schlagwort Schattenwirtschaft. Manchmal wird sie mit Schwarzarbeit gleichgesetzt, ein anderes mal sind Verkauf und Reparatur ohne Rechnungen oder Eigenleistung am Bau in den Begriff einbezogen und manchmal umfasst der Begriff sogar illegale, d.h. strafbare Aktivitäten. Aber auch wenn erhobene Statistiken Abschneidegrenzen aufweisen, ist dies ein Teil der statistisch nicht erfassten Wirtschaft.
- Die über die angewendeten Rechenverfahren implizit erfassten schattenwirtschaftlichen Aktivitäten müssten nachträglich aus dem BIP herausgerechnet werden, ohne dass über deren Umfang entsprechende Informationen vorliegen.

Das Statistische Bundesamt wird daher auch künftig keine getrennte Schätzung der Schattenwirtschaft vornehmen. Da wir Zuverlässigkeit, Objektivität und wissenschaftliche Nachprüfbarkeit für entscheidende Merkmale amtlicher Statistik halten, erscheinen uns amtliche Zahlen über die Schattenwirtschaft als Widerspruch in sich.

#### 4. Internationale Vergleichbarkeit der BIP-Zahlen

Nachdem die EU-Kommission im Jahr 1992 aus verschiedenen Gründen so genannte „Vorbehalte“ gegen die Vollständigkeit der Sozialproduktszahlen der Mitgliedstaaten mitgeteilt hatte, haben die Mitgliedstaaten ihre VGR-Rechenwerke gründlich überprüft. Im Ergebnis führten diese Arbeiten in Deutschland zu einer Erhöhung des Niveaus von BIP und Sozialprodukt im Zeitraum von 1988 bis 1997 (nominal zwischen 0,5 und 1,5 Prozent). Nach Überprüfung der geänderten Größen durch die Kommission der EU teilte diese Mitte des Jahres 1999 mit, dass die Vorbehalte gegen die Vollständigkeit der deutschen Angaben ausgeräumt sind. Da dies inzwischen für alle übrigen Mitgliedstaaten erfolgt ist, können Inlandsprodukt und Nationaleinkommen (bisher Sozialprodukt) der Mitgliedstaaten im Hinblick auf Vollständigkeit – also auch auf die Erfassung der Schattenwirtschaft – als vergleichbar angesehen werden.

Herausgeber: Statistisches Bundesamt – Pressestelle, Wiesbaden

## Impressum



Fachliche Informationen zu dieser Veröffentlichung können Sie direkt beim Statistischen Bundesamt erfragen.

Wenden Sie sich hierzu bitte an:

Gruppe III A „Entstehung und Verwendung des Inlandsprodukts“

Telefon: 06 11 / 75 - 26 26

Telefax: 06 11 / 75 - 39 52

E-Mail: [vgr-bip-auskunft@destatis.de](mailto:vgr-bip-auskunft@destatis.de)

oder an die Pressestelle:

Telefon 06 11 / 75 - 34 44, Telefax 06 11 / 75 - 39 76, E-Mail: [presse@destatis.de](mailto:presse@destatis.de)

Grundlage der vorliegenden Broschüre sind die anlässlich der Pressekonferenz des Statistischen Bundesamtes am 16. Januar 2003 in Wiesbaden veröffentlichten Daten.



Einen kostenfreien Download der Broschüre im PDF-Format sowie weitere Informationen zum Thema der vorliegenden Publikation werden in der Internetpräsentation des Statistischen Bundesamtes (<http://www.destatis.de>) unter der Rubrik „Presse -> Presseveranstaltungen“ veröffentlicht.

Weitere Informationen zum Thema „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen“ finden sie auch auf der gleichnamigen Themenseite der Homepage des Statistischen Bundesamtes.



Informationen über das Statistische Bundesamt und sein Datenangebot erhalten Sie:

- im Internet: <http://www.destatis.de>

oder bei unserem journalistischen Informationsservice:

Statistisches Bundesamt  
65180 Wiesbaden

- Telefon: 06 11 / 75 - 34 44
- Telefax: 06 11 / 75 - 39 76
- E-Mail: [presse@destatis.de](mailto:presse@destatis.de)

Erschienen im Januar 2003.

© Statistisches Bundesamt, Wiesbaden 2003

Vervielfältigung und Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet.